

Bürgermeister Raetz informiert, dass der Nordrhein-Westfälische Städte- und Gemeindebund die Auffassung vertrete, dass die Freihandelsabkommen keine kommunale Angelegenheit seien. Trotz dieser Auffassung habe er keine Bedenken eine Resolution zu beschließen, da die Kommunen damit ihre Belange zum Ausdruck bringen wollen.

Es besteht Einvernehmen, dass es wichtig ist, sich frühzeitig für die Interessen der Kommunen einzusetzen, um einer Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung vorzubeugen.